

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Verkaufspreis: 5 Pfennig

Der Abonnementpreis beträgt durch Post bezogen monatlich 75 Goldpfennig

Verantwortlich für den Inhalt: Heinz Limberg, Essen. Druck: H. Handmann & Co., Bochum

Telefon-Nummern: 88, 89, 99

### An die Verbandsmitglieder!

Der Vorstand beruft hiermit, entsprechend den §§ 50-53 des Verbandsstatuts, die

## 24. Generalversammlung

unseres Verbandes auf Sonntag, den 15. Juni 1924, nachmittags 5 1/2 Uhr, in den Kongresssaal des Ausstellungspalastes in Dresden ein.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Konstituierung der Generalversammlung.
2. Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung.
3. Geschäftsbericht für die Jahre 1921, 1922 und 1923:
  - a) Allgemeine Verwaltung. — Berichterstatter: Hufemann.
  - b) Sozialpolitische Fragen. — Berichterstatter: Martmüller.
  - c) Kassenbericht. — Berichterstatter: Witsner.
  - d) Bericht des Kontrollausschusses. — Berichterstatter: Korth.
4. Änderung des Verbandsstatuts. — Berichterstatter: Völke.
5. Die Konzentration des Kapitals in der Montanindustrie. — Berichterstatter: Dr. Berger.
6. Gewerkschaftliche Probleme in Gegenwart und Zukunft. — Berichterstatter: Limberg.
7. Der nächste Gewerkschafts- und Internationale Bergarbeiterkongress und Wahl der Delegierten.
8. Wahl des Vorstandes, der Redaktion und des Kontrollausschusses.
9. Beratung der noch nicht erledigten Anträge.
10. Wahl des Ortes der nächsten Generalversammlung.

Beschwerden, die nach § 42 Abs. 3 und § 51 Abs. d des Statuts der Generalversammlung unterbreitet werden sollen, müssen bis zum Sonntag, den 8. Juni 1924, im Besitz des Verbandsvorstandes sein.

Vertreter von Zeitungen oder Korrespondenzbüros, die an unserer Generalversammlung teilnehmen wollen, wollen sich an den unterzeichneten Vorstand wegen Ausstellung einer Pressekarte und Zusendung der Drucksachen wenden. Es können nur solche Vertreter zugelassen werden, die im Besitz einer Pressekarte sind.

Der Verbandsvorstand. J. A.: Fr. Hufemann

### Kommunisten und Gewerkschaften.

Es ist nicht Aufgabe der Gewerkschaft, Parteipolitik zu treiben. Aber es ist ihre Aufgabe, Arbeiterpolitik, Sozialpolitik zu treiben, die Einstellung der verschiedensten Gruppen zu den wirtschaftlichen Grund- und Tagesfragen zu beobachten und dann zu unterstützen, was im Interesse der Gewerkschaften, der Arbeiter liegt, und zu bekämpfen, was diesem Interesse widerspricht. So hat es unser Verband immer gehalten, so hat Otto Hue, auch mal im Widerstreit mit eigenen Parteifreunden, die Verbandsinteressen vertreten und so müssen auch wir es halten.

Wir nehmen deshalb aufs neue Veranlassung, uns gegen die gewerkschaftszerstörerische Tätigkeit der kommunistischen Partei Deutschlands zu wenden, die in der letzten Zeit und in der nächsten Zukunft in groß angelegtem Maße einen Feldzug gegen die freien Gewerkschaften führt, den wir nicht unbeachtet lassen können. Ob wir dabei einzelnen unserer Mitglieder zu Gefallen schreiben oder nicht, muß uns gleichgültig sein. Wir schreiben unseren Mitgliedern nicht vor, welcher Partei sie angehören sollen, aber wir können im Verband keine organisierte Spaltungsarbeit dulden!

Schon der internationale Gewerkschaftskongress in London sah sich genötigt, in einer Entschließung gegen die Verleumdungen zu protestieren, welche die Moskauer kommunistische Zentrale gegen die Amsterdamer Internationale der freien Gewerkschaften verbreitete. Daran schloß sich ein Briefwechsel zwischen den beiden Zentren, der vom ADGW, in der Broschüre: Die „gelbe“ an die „rote“ Internationale, niedergelegt ist. Der ganze Synismus eines Sinowjew kommt in den Briefen zum Ausdruck, die hier wiedergegeben sind, und man versteht beim Lesen dieser Briefe erst recht, wie getreu Sinowjew die Ratschläge befolgt, die Lenin in seiner Broschüre: Der Radikalismus, gibt, wenn er schreibt:

„Man muß es verstehen, sich zu jeden und allen Opfern zu entschließen, und — wenn es nötig ist — sogar Mord, Schlawheit, illegale Methoden, Verleumdung, Verhöhnung der Würde anwenden, um nur in die Gewerkschaftsverbände einzudringen, in ihnen zu bleiben, in ihnen kommunistische Arbeit durchzuführen.“

Mit dieser Methode wird die Lage als bekämpfter Kampf-mittel gegen unsere Gewerkschaften empfohlen. Das soll allerdings zu einem „guten Zweck“ geschehen, um die Gewerkschaften zu „retten“, die „Einheit des Proletariats“ herzustellen usw. Was davon zu halten ist, werden wir sehen.

Auf dem Gründungskongress der SPD, am 30. und 31. Dezember 1918 in Berlin wurde die Gewerkschaftsfrage nur nebenbei behandelt, weil die Mehrheit des Parteitag mit dem baldigen Sieg über die Bourgeoisie rechnete. Rosa Luxemburg trat dafür ein, daß die Aufgaben der Gewerkschaften durch die Arbeiter- und Soldatenräte übernommen werden müßten. Niemand widersprach, aber weil diese Frage doch nicht aus dem Handgelenk zu erledigen war, wurde eine Entschließung, die den Kommunisten den Austritt aus den Gewerkschaften befahl, der Programmkommission überwiesen.

Im Rundschreiben vom 28. August 1919 gab die Zentrale der SPD die einheitliche Parole aus: Heraus aus den Gewerkschaften, gründet Arbeiterunionen!

„Im Vordergrund hat sich zu stehen die Tatsache, daß möglichst große Massen aus den Gewerkschaften herausgeführt werden.“

Ein Jahr später, im offenen Brief des Exekutivkomitees der dritten Internationale, hieß es dann aber:

## Bergarbeiter! Der kommende Reichstag wird entscheidend in die soziale Gesetzgebung eingreifen! Reichsknappschaftsgesetz, Arbeitszeitgesetz, Schlichtungswesen, Rentner- und Erwerbslosenproblem barren ihrer Gestaltung. Rüttelt die Flauen auf! — Verhindert den Sieg der Sozialen Reaktion!

Die Lösung: Heraus aus den freien Gewerkschaften! — ist falsch. Einige von diesen freien Gewerkschaften werden wir einfach spalten müssen... Die Sache der Kommunisten Deutschlands ist es, die vor sich gehende Entwicklung zu erleichtern und zu beschleunigen. Das kann man nur tun, wenn man innerhalb der freien Gewerkschaften bleibt.

Die SPD hatte inzwischen eingesehen, daß die Gewerkschaften großen Zuzug hatten, so daß die Absonderungspolitik keinen Erfolg versprach. Jetzt ist die Parole: Hinein in die Gewerkschaften! Das Ziel, die Vernichtung der freien Gewerkschaften, war damit nicht aufgegeben, sondern nur die Taktik geändert. Nach wie vor galten die Vorschriften der dritten Internationale:

„Innerhalb dieser Organisationen (der Gewerkschaften) ist es notwendig, kommunistische Zellen zu organisieren... Die kommunistischen Zellen müssen der Gesamtpartei vollständig untergeordnet sein... Jede der kommunistischen Internationale angehörige Partei ist verpflichtet, einen hartnäckigen Kampf gegen die Amsterdamer Internationale der freien Gewerkschaftsverbände zu führen... Die Kommunisten müssen bestrebt sein, die Gewerkschaften der tatsächlichen Leitung durch die Partei, als Vorhut der Arbeiterrevolution, unterzuordnen.“

Nicht in die Gewerkschaften, die auf dem deutschen Parteitag der SPD beschlossen wurden, legen dann noch ausdrücklich fest, daß die kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen „in ihrer ganzen Tätigkeit den Parteiorganen unterstehen.“ Die Richtlinien geben genaue Anweisung über den Aufbau der kommunistischen Fraktionen in unseren Gewerkschaften. Vertikale Arbeitsausschüsse, Bezirksfraktionen, Bezirkskonferenzen, Reichsfraktionen und Industriegruppen, eine Gewerkschaftsabteilung der SPD, und ein besonderer Kampffonds sind vorgegeben. Außerdem wird das M. G. B. (Mitteleuropäisches Bureau) unterhalten, in dem 18 hauptamtlich angestellte Sekretäre als Industriegruppenleiter tätig sind. Zur Finanzierung all dieser Einrichtungen werden nach Ziffer 13 des Organisationsprogramms „von allen Organisationen und Gruppen Beiträge im Umlageverfahren erhoben, deren Höhe von Monat zu Monat festgelegt wird.“

Die Einberufung eines besonderen deutschen Gewerkschaftskongresses ist geplant, von dem L. O. S. o. s. k. i am 9. Januar 1924 in einer Moskauer Versammlung erklärte:

„Die Einberufung bedeutet zweifellos die Spaltung, die in gegebenen Verhältnissen unvermeidlich ist.“

Man mag aus der Geschichte der kommunistischen Gewerkschaftstaktik ein Blatt aufschlagen, wo man will: immer ist Spaltung und Vernichtung der freien Gewerkschaften das Ziel, einerlei, ob der Austritt propagiert, die Zellenbildung oder der Kampf gegen die „Gewerkschaftsbureaucratie“ gefordert wird.

## Zur Lage im deutschen Bergbau.

### Die Lohnfrage im Ruhrbergbau.

Nachdem die Verhandlungen über die Lohnforderungen der Bergarbeiterverbände am 14. April zu keinem Ergebnis geführt hatten, fanden am 23. April Schlichtungsverhandlungen unter dem Vorsitz des Schlichters Mehlisch statt. Bei der Verhandlung am 14. April verlangten die Arbeitnehmervertreter, die Schlichtungsverhandlungen nach in der Woche vor ihrem Schlichter zu lösen. Der Schlichter Mehlisch erklärte, daß er dazu bereit sei und zur Verfügung der Parteien stehe. Die Unternehmer lehnten ab mit der Begründung, sie hätten keine Zeit.

Vor Eintritt in die Schlichtungsverhandlungen gab der Vorsitzende, Reichs- und Staatskommissar Mehlisch, eine Erklärung ab gegen die in der Presse gegen ihn gerichteten Angriffe wegen Verleumdung der Lohnverhandlungen. Er bezeichnete sie als bewußt wahrheitswidrig und betonte, daß ihn solche Angriffe in seiner sachlichen Stellung nicht beunruhigen könnten. Ein Vertreter des Gewerkschaftsvereins schickte Bergarbeiter konnte auf diese Erklärung nur erwidern, daß ihnen die Gründe, die zur Verzögerung führten, hätten mitgeteilt werden müssen. Mehlisch stellte darauf fest, daß sie dem Vorsitzenden des Gewerkschaftsvereins bekannt gewesen seien.

Die Verhandlungen selbst gestalteten sich recht schwierig. Die Unternehmer lehnten nach wie vor jede Lohnhöhung ab mit der Begründung, sie seien nicht in der Lage, die notwendigen Geldmittel aufzubringen. Eine Lohnhöhung führe zur Überspannung des Kredit und somit zu einer neuen Inflation. Besonders schärf wandten sie sich dagegen, daß die Lohnhöhung ab 1. April gefordert wurde. Sie führten an, daß die Lohnordnung erst zum 1. Mai gekündigt sei. Auch der Schlichter sei deshalb nicht berechtigt, vor dieser Zeit die Löhne zu ändern. Die Arbeitnehmervertreter wiesen auf die Notlage der Bergarbeiter und auf die großen Gefahren für den Bergbau hin, die durch die Verminderung der Arbeitskraft infolge mangelhafter Ernährung entstehen. Die Arbeitgeber verharren bei ihrem ablehnenden Standpunkt und weigerten sich, ein Gegenangebot zu machen. Ueber eine Lohnhöhung wollten sie mit sich reden lassen, wenn eine entsprechende Steigerung der Leistung durch Verlängerung der Arbeitszeit auf 8 1/2 Stunden zugesichert werde! Die Unternehmer machten auch einen dahingehenden Vorschlag.

Der Schlichter machte dann seinerseits den Vorschlag, den Reparaturlohn ab 15. April um 70 Pf. zu erhöhen, die übrigen Löhne werden entsprechend erhöht, d. h. um denselben Prozentsatz. Bei der Ablehnung wurden die Vorschläge der Unternehmer und Arbeiter obgleich abgelehnt. Der Vorschlag des Schlichters wurde dann mit den Stimmen der Arbeitnehmervertreter angenommen, weil sonst überhaupt kein Ergebnis zustande gekommen wäre. Das glauben die Arbeitnehmervertreter nicht verantworten zu können.

Die Löhne erhöhen sich nach dem Schlichterspruch durchweg um 15 Prozent. Danach beträgt der höchste Reparaturlohn 5,40 und der Bauerwerbsschichtlohn 6,21 Pf. Die Höhe des Soziallohnes bleibt bestehen.

Daß diese neue Lohnregelung nicht den berechtigten Forderungen entspricht, die bei den gegenüber dem Frieden noch immer sehr erhöhten Lebenshaltungskosten zu stellen sind, liegt auf der Hand. Es kommt hinzu, daß die Behandlung der Bergleute auf den Bergbau zu einem Teil so brutal und schändlich ist, daß man sich über die tiefgehende Empörung der Bergleute nicht zu wundern braucht. Die

Der Parteitag der SPD, im April 1924 hat eine ellenlange Entschließung zur Gewerkschaftsfrage angenommen, in welcher der „Gewerkschaftsbureaucratie“ alle Schuld an der für die Arbeiter üblen Wirtschaftsentwicklung gegeben wird. Der Austritt aus den Gewerkschaften wird zur Abwechslung mal wieder nicht gefordert, sondern es wird gesagt:

„Der Parteitag erklärt mit allem Nachdruck, daß ein Parteigenosse freiwillig, ohne Erlaubnis der Parteileitung nicht aus einer Gewerkschaft austreten darf. Im Gegenteil, jedes Mitglied der Partei muß zugleich Mitglied einer Gewerkschaft sein, um die gewerkschaftlich Organisierten gegen die Amsterdamer einzustellen und zu revolutionärer Politik zu bringen.“

Der Parteitag erklärt, daß die Partei ihren Mitgliedern nicht erlauben wird, eine persönliche, private, anerkennende Politik in den Gewerkschaften zu führen. Der Parteitag erklärt sich kategorisch gegen Schritte der Parteimitglieder, die auf Provokationen der Amsterdamer hereinfallen und, getrieben von revolutionärer Ungeduld, die Linie des heftigen Widerstandes wählen, austreten und die Schaffung von parallelen Verbänden beginnen. Der Parteitag verlangt von allen Mitgliedern einen entschlossenen und energischen Kampf gegen die Spaltung und gegen die reformistischen Spalten. Keine Provokation, keine Verfolgungen dürfen die Kommunisten veranlassen, freiwillig die Gewerkschaften zu verlassen. Die Kommunisten werden vielmehr jede Provokation der Amsterdamer gleich zurückweisen, welches die Mittel sein mögen, die die vom bürgerlichen Staat unterstützten Gewerkschaften anwenden. Die Gesamtpartei wendet sich deshalb energisch gegen die Austrittsbewegungen, welche lediglich das Proletariat desorganisieren und die Vorbereitungen der Revolution schwer schädigen.

Die Kommunisten sind wie bisher gegen die Spaltung, führen den Kampf gegen die Spaltungspolitik der Sozialdemokratie auch dann, wenn sie von letzteren aus den Gewerkschaften ausgeschlossen werden. In der Periode der Kapitaloffensive und des Anwachsens der Reaktion ist die Wahrung der Einheit der Gewerkschaften besonders wichtig.“

Gegenüber dieser Taktik haben die freien Gewerkschaften zu erklären (und auch unsere Generalversammlung wird dies tun):

Die Gewerkschaften wollen sich in den Streit der politischen Parteien, die Auhang in der Arbeiterklasse haben, nicht einmischen. Sie wollen nach Möglichkeit alle Berufsangehörigen, einerlei welcher religiösen oder politischen Überzeugung, in sich vereinigen. Sie müssen sich aber wehren, wenn man sie zum Anhänger einer Partei degradieren, sie dem Apparat einer Partei angliedern oder unterordnen will. Wer solche Verleumdungen unternimmt, muß im Interesse der Erhaltung der Gewerkschaft eingeladen werden, die Türe von draußen zugemacht!

### Einstellung dieser „Beamten“ ist schlimmer als vor dem Kriege: dummiertlich nach oben, brutal nach unten. Leitende Beamte scheuen nicht vor dem Versuch zurück, die Bergleute gegen ihre Organisation aufzuheben. Sie tun so, als ob sie ihnen mehr zöhlen möchten, wenn nur der Tarif es nicht verbiete. Das ist natürlich Schwindel. Die Tariflöhne sind u. U. untere Grenze, darüber hinaus zu zahlen, ist übrigens verboten, es sei denn in Rundschreiben des Zechenverbands, die wir nicht kennen. Auf solche Rundschreiben berufen sich Zechenverwaltungen oft bei Abzügen für Samstagsarbeiten usw. Wenn der Verband solchen Sachen auf den Grund geht, stellt sich meistens heraus, daß solche Vorschriften des Zechenverbandes nicht bestehen oder nicht den ihnen von den Zechenverwaltungen unterlegten Sinn haben sollen. Manchmal können die Verwaltungen auch anders. Als vor dem Kriege die Kohlerearbeiter auf Zechen Weisungen aufmachten, wachte sich die Verwaltung gegen höhere Bezahlung, weil der Tarif es verbiete. Sie gab aber zu, daß die Zechen im unbesetzten Gebiet mehr zahlen könnten und sie zahlte dann auch mehr!

Wenn die Unternehmer nicht so heillos verblende: dem Lohn erlegen würden, daß nur durch Wiederherstellung vorkriegszeitlicher Zustände der „Wirtschaft“ geholfen werden könnte, wäre die Empörung der Bergleute nicht so groß. Diese Empörung wird sich erfolgreich Luft machen, sobald die Kräfteverhältnisse es zusetzen. Dies Verhältnis ändert man natürlich nicht durch Putz-, sondern nur durch ruhige, überlegende Arbeit für die Stärkung der Organisation.

### Die Hungerlöhne der Mansfelder Bergarbeiter. Ein Schlag der Mansfelder Zechenherren.

Bei der Mansfeld-A.-G. streiken die jugendlichen Arbeiter. Diese Jugendlichen müssen körperlich außerordentlich schwere Arbeit verrichten und werden dafür mit geradezu erbärmlichen Löhnen abgefunden. Anstatt nun mit einer Zulage dem Hungerleiden entgegenzuwirken, glaubt die Generaldirektion der Mansfeld-A.-G., mit der Hungerpreiße die Widerständigen zwingen zu wollen. In ihrem Unternehmensmaßstab hat sie am Sonnabend vor Ostern ungefähr 4000 Bergarbeiter ausgesperrt und droht weiter, die gesamten Belegschaften auszusperrern. Wenn die Mansfeld-A.-G. dieses ungläublich brutale Machtmittel anwendet, würden etwa 23000 Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen. Mit der Aussperrung will sie erreichen, daß die erwachsenen Arbeiter die Jugendlichen in die Grube zurückziehen. Für die Desfinitivität ist es wert, zu wissen, daß Arbeiter der Mansfeld-A.-G., die mit mehreren Wochen volle Wochenslachten verfahren, also volle Löhne erhielten, Mittel der Armenkassen in Anspruch nehmen mußten, um nicht zu verhungern. Monatslöhne von 50 Pf. sind an der Tagesordnung. Das Reichsarbeitsministerium und die Schlichtungskommission haben die Lage der Arbeiter nicht zu bessern vermocht, weil diese Stelle ohne weitere Nachprüfung den heumeyerischen Klagen der gut bezahlten Generaldirektoren blindlings glauben schenken. Die Mansfelder Arbeiter sehen sich nunmehr veranlaßt, die Desfinitivität auf ihre Einknadslage aufmerksam zu machen.

Zur Aussperrung hat am zweiten Ostertage eine hart besuchte Konferenz Stellung genommen. Einmütig hat diese beschlossen, sich der Führung der Gewerkschaft unter Ausschluß jedweder politischer Einwirkung anzuvertrauen. Einmütig wurde von allen Rednern zum Aus-

druck gebracht, daß nur die Gewerkschaften in der Lage seien, die un-

Die Konferenz fordert daher die Wansfelder Bergarbeiter, auf sich

Die Konferenz beschloß, sein Mittel unversucht zu lassen zur Be-

Die frühere Hungerbesetzung muß mit Masseneintritten in den

Unionstag in Zepitz-Schönau.

Eine Tagung unserer tschechoslowakischen Bruderorganisation.

Die Union der deutschen Bergarbeiter in der tschechoslowakischen

Nach den üblichen Begrüßungsansprachen des Obmanns Jarolim

Die Tagesordnung umfaßt den Bericht des Vorstands, den

Aus Jarolims Bericht ging hervor, daß die Union von 1920 bis

Der vom Kassierer König erstattete Rapport ergab, daß die

Ueber Änderung des Vertrags- und Unterhaltungsvertrags sowie

Aus dem Vortrage des Kam. Wohl über den Verhältnis zu den

Zu einem großangelegten Referat über den Weg, Dr. Leo-

An das Referat schloß sich eine kurze Debatte. Es wurde dann

Bei Neuankunft von Arbeitern sollen zunächst die reaktivierten In-

Der Obmann der Union, Jarolim, behandelte dann den Stand der

Aus dem Vortrage des Kam. Wohl über Wirtschaftskrise, Kosten-

Schließlich schloß der Redner die Annahme einer längeren Ent-

Die Union in allem kann gesagt werden, daß der Unionstag ein

Fragen der Produktionssteigerung im ober-schlesischen Steinkohlenbergbau.

Durch den bürgerlichen Blätterwahn gehen in letzter Zeit Nach-

Es wird verschiedenes behauptet, daß die Betriebe von vielen zum

Table with 2 columns: Name der Grube, and 2 columns of production data for Dec 1923 and Jan 1924.

Wenn aus der Castellengrube, Hedwigsgrube und Hohenberggrube

Table with 4 columns: Name der Grube, Jahr 1912, Jahr 1913, and Jahr 1921.

Bei Beurteilung dieser Zahlen ist zu beachten, daß die Castellengrube,

anlage) die persönliche Einsicht in die Förderlisten gewährt wurde, die

Wann und woanders sich die Verwaltungen, mit offenen Karten zu

Seitens der Arbeiter ist alles getan worden, um eine Produktions-

Auf der Castellengrube wurden Klagen über Förderleistungsmangel

Allen Klagen ist es, die wirklich produktionshemmenden Schäden

August Bruff †.

Am Ostersonntag ist in Hannover August Bruff geboren. Er

Auch mit Jahren engem Freunden geriet August Bruff in schweren

Man mag die Entwicklung in Deutschland bedauern, in der

Am Grabe August Bruffs sagen wir: Wir begreifen und ver-

Aus er war ein Proletarier, der es ehrlich mit

So hat er auch im Preussischen Reich, dem er lange

August Bruff war, wie wir alle, ein Mensch mit Fehlern und

Die Reichseinnahmen im März.

Table with 2 columns: Year, and Revenue in Billion Marks.

Die Einnahmen des Reiches an Steuern, Zöllen und Abgaben

Die Reichseinnahmen im März eine günstige Entwicklung. Das Märzresultat übersteigt das Februarresultat um ca. 177 Goldmarken, während die Mehrerinnahmen aus der Vermögens- und Obligationsteuer nur etwa 132 Goldmarken ausmachen.

Die Einkommensteuer brachte im Januar 74,7 Goldmarken aus der Lohnsteuer und 30 Mill. aus der Einkommensteuer, im Februar 63,8 Millionen Lohnsteuer und 66,4 Millionen andere Einkommensteuer, im März 71,2 Mill. Lohnsteuer und 88,4 Mill. sonstige Einkommensteuer. Die Umsatzsteuer brachte im Februar 109,3 und im März 126,5 Millionen Mark.

### Nachrichten aus der Montanindustrie.

#### Die Ruhrkohlenförderung im März.

##### Endgültige Ziffern.

Im Monat März wurden auf den Becken des gesamten Ruhrgebietes 6264 499 T. Kohle gefördert und 1156765 T. Kohle erzeugt, gegen 5783201 T. Kohle und 1897889 T. Kohle im März 1922 und 693885 T. Kohle und 1366109 T. Kohle im März 1913. Die Förderleistung belief sich im Vergleichsmonat auf 234 601 (374 210 bezw. 392 719). Arbeitstätigkeit stellte sich im März 1923 die (Kohlenförderung auf 317 481 (gegen 324 563 T. im März 1922 und 372 494 im März 1913). Die tägliche Förderleistung betrug 83 444 T. (61 222 bezw. 63 390 T.). An Betriebsstellen wurden arbeitsfähig 9023 (12 860 bezw. 16 363) T. hergestellt. (Betriebsstellen sind von der Statistik nicht beachtet.) Die gesamte Leistung auf 465 000 Ruhrbergbauwerke belief sich im März 1923 auf 465 000 gegen 535 600 im März 1922 und 403 400 im März 1913.

### Industrie-Abkommen zwischen Deutschland, Frankreich, Belgien

Nach holländischen Meldungen aus Brüssel ist zwischen deutschen und französischen belgischen Industriekreisen ein Abkommen für die Rheinlande geschlossen worden. Danach soll eine Aktiengesellschaft errichtet werden mit dem Zweck, die Lieferungen von Material für die Industrie zu regeln. Von deutscher Seite wurde der Plan durch die Darmstädter Bank und die A.G. unterstützt. Von französischer Seite wird u. a. ein Vertreter des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten und der französisch-belgischen Eisenbahngesellschaft in die Verwaltung der neuen Gesellschaft einreten. Die beteiligten Kreise hoffen von der Verwirklichung ihres Planes eine gute Lösung für die deutschen Sachlieferungen und für eventuelle Wirtschaftskrisen zu erhalten.

Näheres über diesen Plan war bis Redaktionsschluss nicht bekannt. Er wird arbeitslos aufmerksam verfolgt werden müssen.

### Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

#### Wertz Jahre Deutsche Werkmittelverband (1884-1924).

In der Geschichte des Deutschen Werkmittelverbandes spiegelt sich die Geschichte der Angestelltenbewegung. Zur Zeit der Gründung des Verbandes waren die technischen Angestellten (Löhner). Sie waren den Arbeitern gleichgestellt. In der Gewerbeordnung war ihnen nicht die Rindigung eingeräumt, auf die die kaufmännischen Angestellten Anspruch hatten. Aus diesem Grunde fand der Gedanke des Zusammenstehens der deutschen Werkmittel, der vom Rhein aus außerordentlich schnell sich über alle deutschen Gauen verbreitete, bei allen Werkmittelern lebhaften Anklang. Ganz besondere Tätigkeit erlangte dabei die Werkmittel in Rheinland und Westfalen und im Preussischen Sachsen. Heute steht der Deutsche Werkmittelverband mit 170 000 Mitgliedern, wenn man seine wirtschaftliche Macht betrachtet, an der Spitze aller Verbände. Besonders in gewerkschaftlicher Beziehung hat der Werkmittelverband außerordentlich viel geleistet.

Schon im Gründungsjahre setzte die Gewerkschaftsarbeit ein. Vöner Jahre bedurfte es, die dringenden Wünsche der technischen Angestellten, in der Gewerbeordnung ihre Rechte und damit eine längere Rindigungsfrist festzusetzen, praktische Gehalt annehmen. In erster Linie ist das dem Deutschen Werkmittelverband zu verdanken. Auch bei der Ausgestaltung des Unfallversicherungsgesetzes hat er mitgewirkt. Seine Tätigkeit ist auch von den Staatsbehörden anerkannt worden, denn zwei seiner Mitglieder wurden feinerzeit in die Weimarerische Schöpfung, den preussischen Volkswirtschaftsrat, dem Vorkläufer des jetzigen Vorkläufigen Volkswirtschaftsrates, berufen. An dem Ausbau der Sozialversicherung hat der Werkmittelverband besonders eifrig mitgearbeitet und auch bei der Anpassung der Rindigungsbedingungen des Berggesetzes an die Gewerbeordnung bahnbrechend gewirkt. Schon 1911 hat er sich im Angestelltenversicherungsgesetz für eine bessere Gestaltung und eine Gemeinheitsarbeit mit der Invalidenversicherung eingesetzt. Besonders bemerkenswert ist, daß der Deutsche Werkmittelverband sich als erster Arbeitnehmerverband ein soziales Programm (im Jahre 1909) gab das für die kommenden Jahre und auch heute noch die Richtschnur für die soziale Arbeit des Verbandes und seiner Mitglieder bildet.

Daneben hat sich der Werkmittelverband auch stets für seine bedürftigen Mitglieder und Invaliden eingesetzt. Am Schlusse des Jahres 1923 waren es rund 30 Millionen Goldmark, die den Mitgliedern als Unterstützung für ihre Beiträge nieder zugewiesen sind. Neben den Unterstützungseinrichtungen, die der Verband geschaffen hat, errichtete er noch selbständige Unternehmungen, unter denen besonders hervorzuheben sind die Sterbekasse und der Brandversicherungsbereich, welcher die Werkmittel-Sparbank, die erste Arbeiter-Sparbank, die überaus wertvoll in Deutschland geschaffen wurde. Der Verband selbst besitzt ein eigenes Haus, das mitten in Düsseldorf dicht am Rhein liegt, in dem die Geschäftsverwaltung untergebracht ist. Außerdem unterhält der Werkmittelverband im Reich 89 Geschäftsstellen, die die Sicherheit für glatte und erfolgreiche Wahrnehmung der Interessen der Mitglieder bieten.

### Internationale Rundschau.

#### Von der englischen Lohnbewegung.

Die englischen Bergbauunternehmer hatten eine Lohnverhöhung von 10 Prozent angelernt, während die Organisationen 30 Prozent verlangten. Die bestehende Lohnvereinbarung lief am 17. April ab, sie wurde aber verlängert, bis der Bericht einer von der Regierung eingesetzten dreigliedrigen Kommission vorliegt, die die Rechte der Bergbauunternehmungen prüfen soll. Für die Annahme des Unternehmerrangebots stimmten in der Unabstimmung 322 393 englische Bergleute, dagegen 338 600. Mit einem Stimmentritt bei der geringen Mehrheit gegen das Angebot nicht zu rechnen.

#### Die Betriebsräte in Sowjet-Russland.

Der Zentralrat der russischen Gewerkschaften hat durch seine Instruktionen die Lage der Betriebsräte untersuchen lassen und das Ergebnis im Gewerkschaftsblatt „Trud“ veröffentlicht. Es heißt in diesem Bericht:

„Differenz und Schichtarbeit der Arbeiter sind die Folgen der allgemeinen Lage in den Betrieben zu betrachten. Der Betriebsrat ist im Bewußtsein der Masse nicht deutlich genug von der Betriebsleitung getrennt. Es ist ganz und gar, daß der Betriebsrat, wenn die Arbeiter sich größere materielle Forderungen stellen, den Standpunkt der Betriebsleitung vertritt. Das hat zur Folge, daß die Massen misstrauisch gegen die Gewerkschaften und die Betriebsräte indifferent werden. Die Betriebsleitung sollte die Arbeiter, die in den Betriebsversammlungen ihre Tätigkeit kritisieren, mit mehr Achtung und Toleranz behandeln. Die Betriebsräte selbst haben kein großes Interesse daran, die Masse gegen die Betriebsleitung zu geben; die Betriebsversammlungen sind nur eine Formel; die Fragen werden in der Seele (d. h. in der kommunistischen Seele. Red.) oder im Betriebsrat entschieden.“

Ein Gefühl der Verantwortung gegenüber den Arbeitern gegenüber ergibt sich bei den Betriebsräten nicht; man fürchtet nur eine plötzliche Revision der Ortsverwaltung des Verbandes oder eines höheren gewerkschaftlichen Organs. In dem Bericht der Betriebsräte in der Versammlung der Bergarbeiter (diese Berichte sind äußerst selten) finden wir überhaupt nicht, es sei denn, daß die Lage den Arbeitern völlig untragbar geworden ist.“

Nach dieser äußert sich die Redaktion des „Trud“ in einem Artikel über die Tätigkeit der Betriebsräte:

„Die Betriebsräte kennen die wirkliche Lage der Produktion nicht; sie übernehmen häufig jede Erklärung der Betriebsleitung ohne weiteres als wahr an, während die „echte“ Pflicht, jede Forderung der Betriebsleitung zu vermeiden, selbst wenn ihre Unannehmlichkeit deutlich erkennbar ist. Das führt zur Isolierung der Betriebsräte in der Betriebsleitung und zur Verringerung ihrer Autorität.“

sch keineswegs voraus, daß die Betriebsräte schlecht sind. Sie zeigen vielmehr, daß für eine nutzbringende Tätigkeit der Betriebsräte eine entsprechende Atmosphäre, in erster Linie das Recht der freien Kritik notwendig ist. Eine Kontrolle durch eine freie Presse ist notwendig, die gleichfalls in Rußland nicht vorhanden ist. Ohne diese Voraussetzungen führt das öffentliche Leben in der Arbeiterklasse ab und die Betriebsräte verhandeln sich in tote Organe.

### Knappschäftliches.

#### Warum sind die Knappschäftrenten nicht für jeden Monat gleich hoch?

In letzter Zeit erhalten wir von Knappschäftskandidaten viele Zuschriften, worin wir gefragt werden, wie es komme, daß die Knappschäftrenten in den Monaten Januar, Februar und April verschiedene hoch war. Da wir unmöglich auf alle Anfragen antworten können, führen wir an dieser Stelle nochmals an, daß die Knappschäftrenten nicht für immer fest sind, sondern aus einem festen Teil und einer Teuerungszulage bestehen. Die Teuerungszulage richtet sich aber in der Arbeiterabteilung nach dem Gauerdurchschnittslohn von der letzten Woche des Vormonats. (Siehe § 58 Abs. 2 der Satzung des RAB.) Steigt also der Gauerdurchschnittslohn, so steigt auch die Rente und umgekehrt. Die Rente der Betriebsräte ergibt sich beim nächsten Allgemeinen Knappschäftstreffen dadurch, daß für Februar und März der Gauerdurchschnittslohn für die Siebenstundentätigkeit bei der Berechnung zugrunde gelegt wurde, während im April der Gauerdurchschnittslohn für die Achtstundentätigkeit, wie er durch den Schiedsspruch festgestellt worden ist, zur Berechnung der Rente diente. Die Rente betrug für einen Knappschäftskandidaten, der 25 Dienstjahre aufzuweisen hat, für Januar 51 M., für Februar 46,70 M., für März 46,70 M. und für April 54 M. Für Januar war die Rente auch vom Gauerdurchschnittslohn für acht Stunden berechnet, aber damals war der Gauerdurchschnittslohn der letzten Woche des Dezember geringer, als der Gauerdurchschnittslohn in der letzten Woche im März.

#### Vorstandsitzung der Bochener Knappschäft.

Der durch die Bezirksversammlung der Bochener Knappschäft gewählte vorläufige Vorstand hielt am 18. April seine erste Vorstandssitzung ab. Auf der Tagesordnung stand die Wahl der Vorstände, Festlegung des Grundlohnes zur Berechnung des Krankengeldes und anderes. Der Vorsitzende, Herr Direktor Teukler, eröffnete die Sitzung und machte die Tagesordnung bekannt. Die Niederschrift über die letzte Vorstandssitzung wurde genehmigt.

Bei Eintritt in die Tagesordnung sprach der Vorsitzende vor, einen ersten und zweiten Vorsitzenden zu wählen. Die Vorsitzenden wurden gemäß § 127 des RAB. die Wahl eines Vorsitzenden und zwei Stellvertretern. Die Arbeitgeber stimmten dem Antrag zu und schlugen überhies Direktor Teukler als Vorsitzenden vor. Die Stellvertreter schlugen Direktor Mehlmann, Gewerkschaftssekretär Reiter und Angestelltenvertreter Sadowski vor. Die Abstimmung über die Vorschläge ergab keine Mehrheit und ist daher keine Wahl zustande gekommen.

Zu Punkt 2 hatten die Stellvertreter beantragt, den Grundlohn zur Berechnung des Krankengeldes auf 5 M. festzusetzen. Die Arbeitgeber lehnten eine Erhöhung des Grundlohnes ab. Da dies bereits die zweite Vorstandsbesitzung gewesen ist, die sich mit der Festlegung des Grundlohnes beschäftigt, so aber keine Einigkeit erzielt wurde, hat jetzt die Aufsichtsbekörde über die Grundlohnhöhe zu entscheiden.

Der Abbau der Mehrleistungen wurde in dieser Sitzung durch die Menge in die Debatte gebracht, die infolge des Abbaues der Mehrleistungen in ihren Bezügen erheblich gekürzt wurden. Sie beantragten die Weiterzahlung der bisherigen Bezüge. Die Arbeitgeber waren der Ansicht, daß die Kaufsumme des Krankengeldes den veränderten Verhältnissen in etwa angepasst werden mußte. Die Stellvertreter beantragten die Weiterzahlung der Familienbeihilfe, die die Zahlung des von den Bezügen gewöhnlichen Honorars zur Folge hätte. Der Antrag der Menge wurde zur Prüfung einer Kommission überwiesen.

Die Arbeitgeber der Bochener Knappschäft haben sich, wie aus ihrer Handlungsweise ersichtlich ist, und wie es sich auch die Arbeitgeber vieler anderer Knappschäftsbetriebe zum Ziele gesetzt haben, den RAB. zu befehlen. Aufgabe der Verwaltungen ist es, mit gleicher Energie für die Erhaltung des RAB. und seiner Verwirklichung einzutreten.

#### Bezirksversammlung der Sächsischen Knappschäft.

Am 14. April tagte in Chemnitz im Restaurant „Hohenzollern“ die vorläufige Bezirksversammlung der „Sächsischen Knappschäft“. Dies ist nach dem am 1. Januar d. J. in Kraft getretenen Reichsknappschäftsgesetz die Organisation für die bisherige „Allgemeine Knappschäftskassenvereine“ für den Freistaat Sachsen“. Die Bezirksversammlung hatte die Aufgabe, den vorläufigen Bezirksvorstand zu wählen, und über Sonderbestimmungen (Bezirksatzung) zu beschließen. Die Vertreter der Arbeitgeber gaben gleich bei Beratung des ersten Punktes der Tagesordnung zu erkennen, daß sie um das finanzielle Wohl der sächsischen Knappschäft sehr besorgt sind. Sie wollten nämlich aus Gründen der Sparsamkeit den Bezirksvorstand aus je 5 Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammensetzen lassen, während die Arbeitnehmervertreter je 6 verlangen, um jedes sächsische Bergarbeiter im Vorstand vertreten zu haben. Da das Verhalten der Arbeitgeber vermuten ließ, daß sie das Zustandekommen der Wahl überhaupt verhindern wollten, entschlossen sich die Stellvertreter, den Arbeitgebern in diesem Punkte nachzugeben. Dadurch wurde die Wahl des vorläufigen Bezirksvorstandes möglich und auch sofort vollzogen. Bei der Festlegung der Zahl der Vertreter in der Bezirksversammlung war jedoch eine Verhandlung nicht zu erzielen. Die Arbeitnehmer verlangten je 26 Vertreter der Versicherer und Arbeitgeber; letztere wollten nur je 20 Vertreter zuzulassen, schlangen sich aber schließlich zu 23 hinauf. So aber die Arbeitnehmer nicht nachgaben, kam es zu keiner Verhandlung. Es hat nunmehr die obere Landesbehörde die Vertreterwahl festzusetzen. Das gleiche Schicksal teilten die Sonderbestimmungen. Hierbei wollten die Arbeitgeber besonders die Leistungen der Krankversicherung herabdrücken. Die Stellvertreter wollten sie dagegen möglichst weitgehend erhöhen. Die Arbeitgeber wollten ihren Standpunkt besonders damit, daß die gegenwärtige wirtschaftliche Lage so sehr unübersehbar sei und man noch nicht wisse, wie sie demnächst sich gestalten werde, vortragen. Man aber in einigen Wochen klarer sehen. Diese letztere Bemerkung brachte dann dem Redner der Arbeitgeber von Arbeitnehmerseite den Sturm ein, ob mit den „einigen Wochen“ etwas der 4. Mai gemeint sei. Durch in Gegenwart von Arbeitervertretern unvorhergesehenem gemacht den Augen haben nämlich vor kurzem einige Arbeitgebervertreter deutlich zu erkennen gegeben, daß sie von der Reichstagswahl am 4. Mai einen für sie so günstigen Ausgang erwarten, daß sie im neuen Reichstage eine sichere Mehrheit für Bestätigung des Reichsknappschäftsgesetzes oder wenigstens für dessen Verschärfung erhoffen zu können glaubten. Und deshalb läßen die Arbeitgeber des deutschen Bergbaues auch in allen Bergbetrieben in den sächsischen Knappschäftsbereichen sowie auch im Zentralvorstand des Reichsknappschäftsbereichs eine offensichtlich planmäßige Verschleppungsstrategie — um das nötige Inkrafttreten des Reichsknappschäftsgesetzes zu verhindern. Hoffentlich werden die sächsische Regierung und die Sachverwaltungen von Leipzig und Jena als Treuhänderinnen des größten Teiles des sächsischen Bergbaues nicht zulassen, daß in Sachsen dieser arbeitervindliche Standpunkt durchgesetzt wird.

### Aus dem Kreise der Kameraden.

#### Unsere Toten.

Zahlreiche Tote. Durch einen Unfall wurde am 15. April das langjährige Mitglied und Mitgründer unserer Zahlstelle, der Kamerad Karl Schatz, tödlich verletzt. Wir verlieren in diesem Kameraden einen treuen und vorbildlichen Funktionär für unsere Bewegung.

Weschen. Am 17. April starb an einem schweren Leiden unser langjähriges, treues Mitglied Rudolf Filipowski. Wir werden seiner immer lebend gedenken.

#### Berichtsausschüsse.

Bezirk Waldenburg. Sächsische Versicherungs. Am 1. Mai feierten die Kameraden Heinrich Kausler und August Walter ihr 25jähriges Jubiläum. Als oberster Funktionär haben sie immer ihre Pflicht getan und in vorbesetzter Linie gekämpft. Gerechtigkeit gebenden wir ehrend der Kameraden Gustav Förster und Wilhelm Gericke, die dem Verband ununterbrochen 25 Jahre angehört haben, sowie des Kameraden Heinrich Gause, der in diesem Sommer sein 25jähriges Jubiläum feiern kann.

#### Wahlergebnisse.

Bezirk Waldenburg. Durch einen Unfall wurde am 15. April das langjährige Mitglied und Mitgründer unserer Zahlstelle, der Kamerad Karl Schatz, tödlich verletzt. Wir verlieren in diesem Kameraden einen treuen und vorbildlichen Funktionär für unsere Bewegung.

Weschen. Am 17. April starb an einem schweren Leiden unser langjähriges, treues Mitglied Rudolf Filipowski. Wir werden seiner immer lebend gedenken.

#### Berichtsausschüsse.

Bezirk Waldenburg. Sächsische Versicherungs. Am 1. Mai feierten die Kameraden Heinrich Kausler und August Walter ihr 25jähriges Jubiläum. Als oberster Funktionär haben sie immer ihre Pflicht getan und in vorbesetzter Linie gekämpft. Gerechtigkeit gebenden wir ehrend der Kameraden Gustav Förster und Wilhelm Gericke, die dem Verband ununterbrochen 25 Jahre angehört haben, sowie des Kameraden Heinrich Gause, der in diesem Sommer sein 25jähriges Jubiläum feiern kann.

### Oberbergamtsbezirk Dortmund.

#### Streiks im Ruhrgebiet.

Bevor noch die Organisationen Stellung genommen haben zu dem neuen Schiedsspruch in der Lohnfrage, bevor noch die weiteren Verhandlungen im Ruhrgebiet und in Westfalen über den Tarifvertrag usw. abgeschlossen sind, folgten einige Schiedsanlagen im Oberhauener und Gladbacher Bezirk der kommunistisch-unionistischen Streikparole. Auf Altkadern, den verdrängten Konfordinaritäten, auf Arenberg und den Freipferdstätten streikten am 24., 25. und 26. April Teile der Belegschaft.

Unsere Kameraden müssen die Verhandlungen und die Stellungnahme des Verbandes zu den Ergebnissen abwarten. Für sie gilt keine Streikparole!

#### Was die Unternehmer noch alles wünschen.

Die Arbeiter in 18 südliche Ruhrbezirk im Ruhrgebiet, die 3 Prozent weniger als den für das übrige Ruhrgebiet geltenden Tariflohn zahlen konnten. Jetzt fordern die Unternehmer, wie ein Lutz von Redaktionschef eingehender Brief mitteilt, für 14 Bezüge den 10 Prozent Abzug statt 3, die 13 dieser Bezüge bisher hatten. Für weitere 26 Bezüge, die bisher keinen Abzug hatten, fordern die Unternehmer künftig 7 1/2 Prozent Abzug. Aufgehoben sind die Herren wütlich nicht!

#### Eine kleine Nummer.

Eine besonders kleine Nummer der neuen Westfälischen wurde der Kamerad von der Polizei in Essen verhaftet. Der gute Mann heißt Edmund Ullrich und ist Mitglied der RAB. der Union und einer Arbeiterfreizeitorganisation. Er hatte eine Beteiligung im Westfälischen Inhalts:

Dem Geschäftsführer der Vereinigten Betriebsräte von Rheinland und Westfalen, Herrn Edmund Ullrich, wird hiermit befohlen, daß derselbe beauftragt ist, für die ausgesperrten Bergarbeiter und Bergarbeiterinnen zu sammeln.

#### Der geschäftsführende Ausschuss der Vereinigten Betriebsräte Rheinland-Westfalens.

Edmund Graf, Vors. des Deutschen Bergarbeiterverbandes. Außerdem führte Ullrich eine umfangreiche Sammelarbeit bei sich, aus der hervorgeht, daß er diese Sammelarbeit schon monatelang mit sehr gutem Erfolg betrieb hat. Beträge bis zu 500 Goldmark runden von einzelnen Geschäftleuten gesammelt. Alle diese Gelder hat Ullrich lediglich für sich verwahrt. Schon bei dem Augenschein auf diese Gegenstände, wo er beschäftigt war, war Ullrich einer der ersten, der mit Sammelarbeiten losging. Seit dieser Zeit war diese Tätigkeit auch seine einzige Arbeit. Ullrich war auf der Suche immer wichtiger Revolutionär und vertrat stets die Ansicht, daß alle „Bonzon“ Lumpen und Verräter seien.

#### Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Seit November herrschen in der thüringischen Schieferindustrie recht untragbare Zustände. Der Arbeiterlohn wurde der Mantelarbeit sowie die Lohnordnung gekürzt. Für die Lohnordnung ist zwar ein Schiedsspruch erlassen worden, der für die Belegschaft in der Sache einen Stundenlohn vorsieht, welcher aber von den Unternehmern nicht erfüllt wurde. Auch an die im Januar erfolgte Verhandlungserklärung des Spruches lehnten sich die Unternehmer ab. Die letzten ihren Beschlüssen weit geringere Löhne. Zungunüben auch Betriebsvereinsführungen, die auf einigen Bezügen nur unzulängliche Stillelegung führten, angeblich weil keine Aufträge vorhanden seien.

Zu den allgeleiteten Forderungen gehört auch der große Ortsteilbruch bei Wehrden. Die Belegschaft wurde am 17. Januar restlos entlassen. Nach einigen Wochen wurde der Betrieb zum Teil wieder aufgenommen, aber nur Arbeiter eingestellt, die sich verpflichteten, in Zukunft im Arbeit zu arbeiten, und wenn es der Betrieb erforderte, fünf am Stunden auch eine längere Arbeitszeit zu leisten, natürlich ohne besondere Bezahlung. Ingestalt wurden bisher ungefähr 350 Mann, die alte Belegschaft war über 500 Mann stark. Es sind demnach noch ungefähr 150 Arbeiter von diesem Bruch betroffen, darunter befinden sich Arbeiter, die auf dem Wert 30 bis 35 Jahre schon beschäftigt waren.

Nachdem nun der Betrieb wieder still steht, hat die Direktion mitleidlich die Arbeitszeit verlängert. Vom 16. April ab muß die Belegschaft jetzt nun neun Stunden schuften. Die Verärgerung liegt sehr nahe, daß aus der Neunstundenarbeit eine noch längere Arbeitszeit wird. Zu diesen Differenzpunkten nahm eine Funktionärkonferenz des Verbandes der Bergarbeiter Stellung. Einsetzung wurde dort erklärt: soll der Wirtschaftskrisen bestehen bleiben, dann müssen die Unternehmer sich sofort bereit erklären, einen Mantelarbeit abzuschließen, in welchem eine gerechte Arbeitszeit und auch Urlaub vorzusehen ist. Die Unternehmer müssen eine Aufbesserung erfahren, damit es auch den Schieferarbeitern möglich ist, einen erträglichen Lebenshalt zu führen. Ferner müssen die jetzt noch ausgesperrten Arbeiter wieder eingestellt werden. Eine Verlängerung der Schichtzeit ist ohne Verhandlung nicht angedacht.

Bei dem jetzigen Geschäftsgang könnte diese Differenz geschlichtet werden, wenn nur der Wille vorhanden ist. Die Belegschaft sind bereit, durch ihre Vertreter zur Befestigung der Differenz mitzuwirken. Es liegt also in der Hand der Unternehmer, durch Verhandlung den Wirtschaftskrisen zu steuern.

### Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 18. Woche (vom 27. April bis 3. Mai) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Das Mitglied Wilhelm Richtig (Haupt-Nr. 647196), Zahlstelle Neu-Zugunna, in wegen Unterzahlung von Verbandsgeldern aus dem Verbands ausgeschlossen.

#### An die Mitglieder des Wahlbezirks 42.

unfassend die Zahlstellen: Essen-Altenhof, Essen-Frohnhäuser, Essen-Golteshausen, Essen-Jüterum, Essen-Quarles, Essen-Redenberg und Essen-Rohlfen.

Bei der am 6. April d. J. stattgefundenen Wahl eines Delegierten zur 24. Generalversammlung sind in der Zahlstelle Essen-Golteshausen Unregelmäßigkeiten vorgekommen. Infolgedessen hat der Vorstand die Wahl wegen eingetragener Proteste im ganzen Wahlbezirk für ungültig erklärt. Die Unregelmäßigkeiten bestanden darin, daß die Mitglieder beim Betreten des Wahllokals ein fertig zurechtgekehrter Stimmzettel übergeben wurde und ihnen dadurch die Möglichkeit genommen war, unbeeinträchtigt von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Die notwendige Neuwahl findet am Sonntag, den 11. Mai d. J., von 2 bis 6 Uhr nachm., statt. Es werden alle Mitglieder aufgefordert, sich an der Wahl zu beteiligen. Jedem Mitgliede wird noch eine besondere Einladung zugehört. Stimmzettel sind im Wahllokal vorhanden. Jedes Mitglied muß sich durch ein Mitgliedsbuch ausweisen. Im übrigen sind die Bestimmungen der Wahlordnung, die in Nr. 4 der „Bergarb.-Stg.“ vom 26. 1. 24 veröffentlicht wurden, auch für die Wahl maßgebend.

#### Wahlergebnisse.

Bezirk Waldenburg. Durch einen Unfall wurde am 15. April das langjährige Mitglied und Mitgründer unserer Zahlstelle, der Kamerad Karl Schatz, tödlich verletzt. Wir verlieren in diesem Kameraden einen treuen und vorbildlichen Funktionär für unsere Bewegung.

Weschen. Am 17. April starb an einem schweren Leiden unser langjähriges, treues Mitglied Rudolf Filipowski. Wir werden seiner immer lebend gedenken.

### Arbeitshofen

Macheter (oliv) . . . 12,- Mark  
 Tuchleder (echt/schwarz) 9,-  
 Pilot 8,-

liefert in nur erstklassigen Qualitäten unter Verwendung bester  
 Vorkügelchen

W. Bübner, Kleiderfabrik  
 Niederoderwitz (Amtsh. Zittau)

NB. Ein Versuch führt zu dauernder Verbindung.  
 Bundweite und Schnittlänge als Maßgabe erleben.

## Die beste Form

der Gemeinwirtschaft finden die Verbraucher  
 in der Konsumgenossenschaft. Pflicht eines  
 jeden Bergarbeiters ist es, sich auch genossen-  
 schaftlich zu betätigen.

Für das linksrheinische Braunkohlenggebiet  
 kommt in Frage die

### Rheinisch-Bergische Konsum- Genossenschaft „Hoffnung“ e. G. m. b. H.

Lebensmittel aller Art. Schuhe, Kleider, Wäsche  
 Eigene Großbäckerei und Konditorei  
 Eigene Fleischerei.  
 Zentralen bezw. Hilfslager  
 in Köln - Falk, Ohligs, Bonn,  
 Rnapsack, Koblenz.

Die echte  
 extraktive  
 (Destillat) erhalten Sie zu Friedenspreisen in fast allen Apotheken  
 und Drogerien, wo nicht beim Hersteller

### Walthorius Hienfong

Laboratorium Dr. Walther, Halle a. S., Mühlweg 20

### Futterale für Mitgliedsbücher

Preis 10 Pf. H. Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauser Str. 38-42

# Seifenfabrikate

mit der Marke

GEG  
Seifenpulver

GEG  
Kernseife

GEG  
Bleichsoda



Das selbsttätige  
Sauerstoff-Wasch-  
mittel GEG-Famos

GEG  
Schmierseifen

GEG  
Feinseifen

GEG  
Rasierseifen

sind Erzeugnisse genossenschaftlicher Eigen-  
 produktion und allen Konkurrenzfabrikaten  
 gewachsen.

Vorlangt in Euren Konsumvereinen nur die  
**Marke GEG.**

### Grosseinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine

m. b. H. Hamburg : Seifenfabrik Düsseldorf



## Kathreiner's Malz- kaffee

Verfahren  
Fosching's  
für Güte und Reinheit!

Neu erschienen! Preis 30 Pf.  
**Als Bergmann auf Spitzbergen.**  
 Reiseindrücke und Erlebnisse von Frid Waldhecker Jun.  
 H. Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauser Straße 38-42

Zur Aufzucht junger Kanarien  
**Sommerfaat**  
 Marke „Auszereist“  
 auf-für, Raub- u. Federich-  
 frei, Vorkauf einzahl. Porto  
 und Verpackung 4,50 Gmt. Maßfähr.  
 Preisliste aber alle Arten Vogel-  
 nester für Adern und Zerklein-  
 terter Papageien, Tauben, Sühner-  
 und Sandvögel und Zuchtstücken  
 kostenlos zu Diensten.

**Samenhaus L. C. Kahl,**  
 Frankfurt (Main) C., gegr. 1879

Korbmachervereinigung  
 Schney u. Umgegend G. m. b. H.  
 Schney (Bayern)

### Band- u. Wälschkörbe Reile- u. Tragkörbe

**Korbmöbel**  
 aus Weide und Peddigrohr.  
 Zu haben in den Verteilungs-  
 stellen vieler Konsumvereine.

**Empfehlenswerte und billige Schriften unserer Verbandsbuchhandlung (nur für Verbandsmitglieder):**

Arbeiterversicherung, ihre Entstehung und Entwicklung . . . . .	0,25	Mazepa: Der Bolschewismus und die russische Okkupation der Ukraine . . . . .	0,40
Bebl: Die rote Feldpost unter dem Sozialistengesetz (gebunden) . . . . .	0,90	Malske: Gewerkschaften und Jugendbewegung . . . . .	0,30
Bernstein: Lassalle, eine Würdigung des Lehrers u. Kämpfers (Salbleinen) . . . . .	7,00	Marx: Lohnarbeit und Kapital . . . . .	0,30
Bayer: Menschenökonomie (gebunden) . . . . .	2,50	Marx: Lohn, Preis und Profit . . . . .	0,30
Conrad: Die Rheinlande in der Franzosenzeit (Salbleinen) . . . . .	2,75	Nürnberg: Betriebswirtschaft und Bilanzkritik, Drei Bände . . . . .	2,00
Diederich: Von unten auf! Ein neues Buch der Freiheit (Salbleinen) . . . . .	2,50	Nörpel: Aus der Betriebsratspraxis I-II . . . . .	1,50
Dr. Olga Effig: Die Berufsschule . . . . .	0,30	Protokolle der Verbands-Generalsammlungen . . . . .	0,75
Dr. Olga Effig: Beruf und Mindestlohn . . . . .	0,30	Protokolle unserer ersten Reichs-Jugendkonferenz . . . . .	0,40
Fladow: Kommentar zum Betriebsratsgesetz, Neueste Auflage . . . . .	4,00	Protokolle der gewerkschaftlichen Jugendkonferenz Kassel und Leipzig je . . . . .	0,25
Ger: Der Gotteslästerer, Roman u. d. Leben der erzg. Waldarbeiter (geb.) . . . . .	1,75	Protokoll vom ersten Reichs-Betriebsratkongress für den Bergbau . . . . .	0,40
Gräf: Wie soll man wandern? . . . . .	0,30	Reichs-Knappschaftsgesetz . . . . .	0,50
Heine: Wir wachen Politische Gedichte (geb.) . . . . .	1,75	Reichs-Knappschaftsgesetz, seine Bedeutung . . . . .	0,25
Hus: Die Bergarbeiter. Zwei Bände (Salbleinen) . . . . .	8,00	Reichs-Knappschaftsgesetz, was bringt es für die Bergarbeiter? . . . . .	0,25
Hus, sein Leben und Wirken . . . . .	0,50	Sabungen und Richtlinien des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes . . . . .	0,50
Hus-Photographie 17 X 24 cm . . . . .	0,25	Dr. Anna Siemsen: Erhebung im Gemaltdaßtsgeiß . . . . .	0,40
Hus-Photographie auf Postkarten . . . . .	0,05	Sinclair: König Kohle, Ein Bergarbeiterroman . . . . .	1,75
Herk-Beidel: Arbeitszeit, Arbeitslohn, Arbeitsleistung . . . . .	1,25	Schikowski: Sitten- und Charakterbilder der franz. Revolution (geb.) . . . . .	0,75
Jahresberichte des Verbandes . . . . .	0,75	Thomas: Gib meine Jugend mir zurück! Roman (gebunden) . . . . .	1,00
Katowski: Meine Seele singt! . . . . .	0,75	Verordnung über die Arbeitszeit . . . . .	0,30
Kampfmeyer: Frih Ebert . . . . .	1,25	Wiffel: Ohne Planwirtschaft kein Aufbau . . . . .	0,40
Leitfaden für gewerkschaftliche Schulungsarbeit . . . . .	0,30	Zähler: Der Sprung in die Welt, Roman (gebunden) . . . . .	1,25
Löffler: Um Oberflächte . . . . .	0,50	Zwing: Geschichte der deutschen freien Gewerkschaften . . . . .	1,75

Bestellungen sind durch die Ortsverwaltungen zu richten an **H. Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauser Str. 38-42.**

### Sächsische Bettfedern- und Betten-Fabrik

Paul Hoyer, Delitzsch  
 Provinz Sachsen, Angerstraße 4

sendet Ihnen wieder genau so  
 gut u. früher, auch äußerst billig

### Federn u. Inletts

Prüfen Sie selbst und verlangen  
 Sie Proben und Preisliste ums  
 u. portofrei. — Lieferungen ins  
 besetzte Gebiet zollfrei

# LUHNS

das sind die guten Seifen,  
 wonach wir immer wieder greifen!  
 Am roten Band wird LUHNS\*) erkannt!

\*) Seit über 30 Jahren im Kohlenrevier bekannt und beliebt, solche Sonder-Erzeugnisse: LUHNS  
 Wasch-Extrakt mit rotem Band, LUHNS Salzwasser-Terpentin-Kernseife mit rotem Kreuzband, LUHNS-  
 Seife mit dem alten Bergmann, LUHNS Bimsstein-Seife „Abrador“ (Bims die Hand mit Abrador)  
 zur schnellen, gründlichen, schonenden Reinigung der Arbeitshand, ferner die neue, besonders empfehlens-  
 werte ALCO, die feine Rasier-Staage der Seifenfabrik Aug. Luhm & Co. in Barmen-F.  
**LUHNS Seifenfabrikate sind wieder in den altbekannten Läden zu haben.**

Zigarettenfabrik  
**Aronoff & Cords**  
 Hamburg, Spaldingstr. 210

anbietet ihre rein orientalische  
 Zigaretten:

Millionendieb Gold ohne Mundst.  
 Banderole . . . 2,-

Türk Membris ohne Mundstück  
 Banderole . . . 2,-

Cordstana Gold  
 Banderole . . . 2,-

Superior Gold  
 Banderole . . . 4,-

Für Wiederverkäufer hohe Rabatte

**In der  
 Bergarbeiter-  
 Zeitung  
 inserieren  
 bringt Gewinn**

**Djwalglare**



**Die gute Preis**  
 von  
**Gebr. Bernard A.-G.**  
 Regensburg.

Preis 50 Pf. **Otto Hue**, Preis 50 Pf.  
**sein Leben und Wirken.**  
 H. Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauser Str. 38-42

# Höhere Löhne

sind heute schwer zu erreichen. Umso mehr muß jeder Bergarbeiter darauf bedacht sein, die Kaufkraft seines Einkommens zu erhöhen, indem  
 er sich einer großen, leistungsfähigen Konsumgenossenschaft anschließt.

In Rheinland und Westfalen bestehen seit mehr als zwanzig Jahren Konsumgenossenschaften, die sich zu achtunggebietenden Verbraucher-  
 Organisationen entwickelt haben. Diese verfügen bereits über:

## Große Betriebszentralen

Modern eingerichtete Dampfbäckereien, Mühlen, Fleischereien, Räuchereien, Röstereien  
 Weinkellereien, Warenhäuser usw.

Für die einzelnen bergbauischen Bezirke kommen besonders in Betracht:

Konsumverein »Eintracht«, Essen: 90 000 Mitglieder 160 Verteilungsstellen	Konsum- und Sparverein Dortmund-Hamm, Dortmund: 50 000 Mitglieder 105 Verteilungsstellen
Konsumverein »Wohlfahrt«, Bochum: 42 000 Mitglieder 90 Verteilungsstellen	Rhein.-Berg. Konsumgenossenschaft »Hoffnung«, Köln: 80 000 Mitglieder 165 Verteilungsstellen
	Konsumgenossenschaft »Vorwärts«, Barmen: 33 000 Mitglieder 65 Verteilungsstellen